

# Bundesbeschluss über eine Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Katar

vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung<sup>1</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 6. April 2011<sup>2</sup>,  
*beschliesst:*

## Art. 1

Das Eidgenössische Finanzdepartement wird ermächtigt, in Ergänzung des Abkommens vom 24. September 2009<sup>3</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Staat Katar zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen mit Katar die folgende Regelung zum Informationsaustausch in Steuerbelangen in geeigneter Form zu vereinbaren:

Der Zweck der Verweisung auf Informationen, die voraussichtlich erheblich sind, besteht darin, einen möglichst weit gehenden Informationsaustausch in Steuerbelangen zu gewährleisten, ohne den Vertragsstaaten zu erlauben, «fishing expeditions» zu betreiben oder um Informationen zu ersuchen, deren Erheblichkeit hinsichtlich der Steuerbelange einer bestimmten steuerpflichtigen Person unwahrscheinlich ist. Die im Amtshilfesuch zu liefernden Angaben sind zwar wichtige verfahrenstechnische Voraussetzungen für die Vermeidung von «fishing expeditions»; sie sind jedoch nicht so auszulegen, dass sie einen wirksamen Informationsaustausch behindern.

## Art. 2

<sup>1</sup> Die Regelung nach Artikel 1 bedeutet, dass die Schweiz als ersuchter Staat einem Amtshilfesuch Katars auch dann zu entsprechen hat, wenn Katar darlegt, dass es sich nicht um eine «fishing expedition» handelt und:

- a. die steuerpflichtige Person identifiziert, wobei diese Identifikation auch auf andere Weise als durch Angabe des Namens und der Adresse erfolgen kann; und
- b. den Namen und die Adresse des mutmasslichen Informationsinhabers angibt, soweit sie ihm bekannt sind.

1 SR 101  
2 BBl 2011 3749  
3 SR 0.672.965.61

<sup>2</sup> Die Eidgenössische Steuerverwaltung wird ermächtigt, mit der zuständigen Behörde Katars auf eine gegenseitige Anerkennung dieser Bedeutung hinzuwirken.

<sup>3</sup> Bei der Anwendung der Vorgaben von Absatz 1 Buchstabe b beachtet die Schweiz als ersuchter Staat die Grundsätze der Proportionalität und Praktikabilität.

### **Art. 3**

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Staatsvertragsreferendum für Verträge, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert, nach Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer 3 der Bundesverfassung.